Selbstverbrennung eines kurdischen Demonstranten*: „Die Bundesrepublik ist ein Resonanzboden für die Entwicklungen

Ausländer

DIE SAAT DER GEWEHRE

Der blutige Bürgerkrieg zwischen Kurden und Türken drängt nach Deutschland: Demonstranten verbrennen sich, Randalierer versuchen, Polizisten zu ermorden. Die Bundesregierung laviert hilflos zwischen den Fronten. Sie verschärft den Konflikt, indem sie der Türkei Waffen liefert und nun kurdische Rebellen abschieben will.

Der schwarze Sheriff demonstrierte Härte. Bundesinnenminister Manfred Kanther, 54, ließ sechs Hundertschaften des Bundesgrenzschutzes in Bereitschaft versetzen, kündigte den Einsatz der Anti-Terror-Einheit GSG 9 an und scheuchte sogar die Bahnpolizei auf.

Nach den Kurden-Krawallen der letzten Woche versprach der Christdemokrat, die in Deutschland verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK, mutmaßlicher Drahtzieher der Unruhen, werde in der Bundesrepublik keine Ruhe mehr finden. Kanther: „Wir werden sie immer wieder neu stören."

Während der Minister seine Truppen mobilisierte, machte sich der Kanzler daran, an den Gesetzen zu fummeln. Der Terror, verkündete Helmut Kohl am Mittwoch vergangener Woche, habe nach Dutzenden von Autobahnblockaden und Mordanschlägen auf Polizisten „eine neue Dimension erreicht". Nun werde sich zeigen, „ob das geltende Ausländerrecht" für Abschiebungen im Expreßtempo tauge. Falls nicht, müsse die Regierung „baldmöglichst Gesetzesänderungen ins Auge fassen".

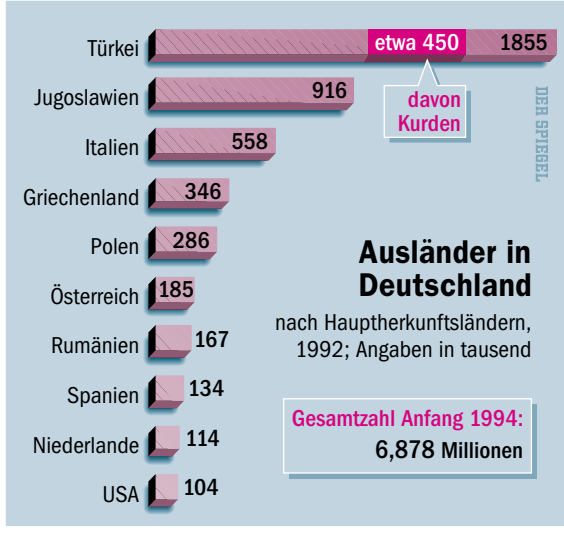
Ob sich das Problem – wie es die Bonner suggerierten – allein mit Polizisten oder Richtern lösen läßt, ist fraglich. Deutschland ist Nebenschauplatz des blutigen Bürgerkrieges zwischen Türken und Kurden geworden, und das nicht ohne eigenes Zutun. Die deutsche Außenpolitik laviert seit Jahren zwischen den Fronten.

Einerseits klagt Bonn in Ankara immer mal wieder die Einhaltung von Menschenrechten ein. Andererseits liefert die Regierung Kohl dem Nato-Partner das passende Gerät für den Krieg, den türkische Militärs im Südosten ihres Landes gegen die kurdische Minderheit führen: Panzer, Maschinengewehre, Munition. „Deutschland ist mitverantwortlich für den Bürgerkrieg", urteilt Tilman Zülch, Vorsitzender der Gesellschaft für bedrohte Völker.

Das Kurdenproblem sei wie „ein System kommunizierender Röhren", sagt Ernst Uhrlau, Leiter des Hamburger Verfassungsschutzes. Die Kurden, die Opfer in der Türkei, würden in der Bundesrepublik zu Tätern.

„Ohne eine Veränderung im Kriegsgebiet", prognostiziert Uhrlau, „wird sich hier keine friedliche Entwicklung einstellen." Doch aus Rücksicht auf den Handelspartner und Verbündeten scheint die Bundesregierung entschlossen, die Türkei weiterhin zu schonen.

Je länger Bonns Außenpolitik versagt, desto mehr geraten die Innenpoli-



* Am Dienstag voriger Woche auf der Autobahn beim hessischen Langen.

im Kampfgebiet, ohne eine Veränderung dort wird sich hier kein Friede einstellen“

tiker unter Druck. Denn rund 450 000 der 500 000 über Europa verstreuten Kurden leben in Deutschland – und haben Grund, in der Bundesregierung den Verbündeten ihrer Feinde zu sehen.

Die Wut der Kurden entlädt sich in Krawallen, organisiert von terroristisch versierten Kadern der kommunistischen PKK. Je mörderischer der Krieg um Kurdistan tobt, desto gefährlicher wird die Randale in Deutschland.

Am Samstag vor einer Woche besetzten 6000 Kurden die Autobahn München–Stuttgart für neun Stunden. Bei Krawallen in Berlin und Augsburg wurden mindestens 85 Polizisten verletzt. Fahnder leiteten insgesamt rund 500 Ermittlungsverfahren ein, unter anderem wegen schweren Landfriedensbruchs.

Zum kurdischen Neujahrsfest Newroz am Montag eskalierten die Krawalle. Vielerorts zündeten Demonstranten Autoreifen oder gar sich selbst an. Dabei starben in Mannheim zwei kurdische Frauen – grausamer Protest gegen die Unterdrückung in der Heimat.

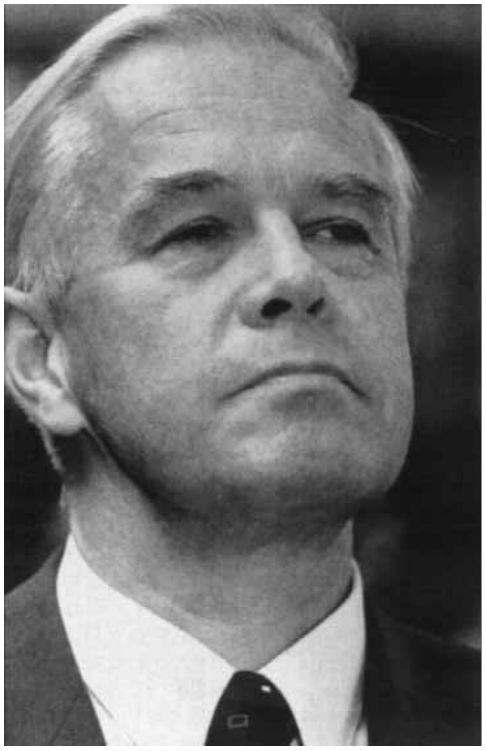
Am Mittwoch abend beschloß eine Sonderrunde der Innen-Staatssekretäre aus Bund und Ländern, Gewalttäter prompt ausweisen zu lassen. Wer fremde Bürgerkriege in Deutschland austragen wolle, pflichtete die FDP bei, müsse das Land verlassen.

Auch den Liberalen war klar, daß ein Rausschmiß der Krawall-Kurden nicht so einfach zu bewerkstelligen ist, wie die großspurige Ankündigung versprach. Das Ergebnis einer „Prüfung“, die Kohl in Auftrag gegeben hat, steht schon jetzt fest: Die Abschiebung renitenter Kurden in ihre Heimat wirft gravierende juristische Probleme auf.

Anerkannte Asylbewerber beispielsweise oder Ausländer, die, wie die meisten Kurden, seit Jahren in Deutschland leben, dürfen nur bei besonders schwerwiegenden Verfehlungen abgeschoben werden – ein Sit-in auf der Autobahn wird da kaum reichen.

„In den meisten Fällen“, gibt ein Sicherheitsexperte zu bedenken, „dürfte wohl eines der Abschiebehindernisse vorliegen, die das Ausländergesetz vorsieht.“ Niemand darf etwa in ein Land abgeschoben werden, in dem ihm Folter oder Todesstrafe drohen. Nach einem Lagebericht des Auswärtigen Amtes aber müssen Kurden genau damit rechnen: „Um es vornehm zu sagen“, formuliert ein Beamter des Justizministeriums, gebe es in der Türkei „verschärfte Vernehmungsmethoden“.

Sympathisanten der PKK oder Teilnehmer an antitürkischen Demonstrationen in Deutschland er-



Polizeipolitiker Kanther, festgenommene Kurden*: „Wir werden sie immer wieder stören“

* Am Dienstag vergangener Woche an der Autobahn bei Mörfelden.

warten in der Türkei Haft und Folter. Um sie gleichwohl abschieben zu können, will sich Innenminister Kanther nun ein Papier besorgen, an dem er sich die Hände abputzen kann, falls abgeschobene Kurden getötet werden sollten. Vergangene Woche forderte er den freidemokratischen Außenminister Klaus Kinkel auf, mit der türkischen Regierung ein Abkommen zu treffen. Darin soll Ankara sich verpflichten, abgeschobene Kurden nicht hinzurichten. Dann, so Kanther, könne das Ausländerrecht „viel intensiver“ angewendet werden.

„Die Abschiebepläne werden das Problem noch mehr zuspitzen“, warnt Ali Sapan, 32, Sprecher der Nationalen Befreiungsfront Kurdistans in Europa (ERNK) mit Wohnsitz in Paris. Die ERNK gilt als Sprachrohr der militanten PKK. Sapan: „Die Haltung der Bundesregierung wird unsere Haltung bestimmen.“

Der Kurde mag nicht ausschließen, daß es zu weiteren Gewalttaten in Deutschland kommt. „Die Bundesregierung muß die Gründe für diese Eskalation beseitigen“, so der Rebellen-Vertreter, „auch in ihrer Haltung zur Türkei.“

Immerhin scheint Bundesinnenminister Kanther nicht auf die Darstellung der Türken hereinzufallen, es gebe in ihrem Land „weder Folter noch Selbstjustiz“, wie Yekta Güngör Özden beteuert, Präsident des Verfassungsgerichts in Ankara. Die Todesstrafe, so Özden weiter, sei zwar vorgesehen, werde aber zur Zeit praktisch nicht vollstreckt.

Wenn Beamte tatsächlich einmal Häftlinge folterten, beteuert Özden, würden die „unwissenden Verantwortlichen“ bestraft. Auch Onur Öymen, türkischer Botschafter in Bonn, versicherte letzte Woche, sein Land werde gegen abgeschobene Terroristen nur mit rechtsstaatlichen Mitteln vorgehen.

Schriftlich wird Kanther von den Türken kaum die Zusage bekommen, auf die Todesstrafe zu verzichten. Denn Ankara duldet keinen ausländischen Einfluß auf seine Innenpolitik. Und den mündlichen Schwüren türkischer Offizieller trauen Experten keineswegs.

Immer wieder komme es, heißt es in dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes, „zu Übergriffen gegenüber Menschen, die sich in Wort, Schrift oder Handlungen für eine Abspaltung kurdischer Gebiete einsetzen“. Insbesondere „Eigentumszerstörung, Freiheitsberaubung, Mißhandlung oder Tötung“ seien beliebte Mittel, kurdische Separatisten gefügig zu machen.

Noch deutlicher zeiht die Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International die türkische Regierung der Lüge. Die Menschenrechtslage habe sich unter Ministerpräsidentin Tansu Çiller „weiter verschärft“: Oppositionelle würden verschleppt und ermordet, teils durch Uniformierte, teils „durch zivil auftretende Todesschwadronen“.

Kurdische Kriegsflüchtlinge in der Türkei: „Deutschland ist mitverantwortlich“

Selbst „gewaltlose Unterstützer verbotener kurdischer Organisationen“ seien „von Inhaftierung, politischen Strafprozessen und Folter sowie von Ermordung bedroht“.

Im Herbst vorigen Jahres verschleppten türkische Militärs die Dolmetscherin Nulifer Koç, 25, Politikstudentin an der Uni Bremen. Die Frau, die eine niedersächsische Menschenrechtsdelegation nach Kurdistan begleitet hatte, blieb sieben Tage lang in der Gewalt der Soldaten. Koç gab anschließend zu Protokoll:

> Mir wurde eine Augenbinde umgebunden, ich wurde nackt ausgezogen, kaltes Wasser wurde über mich gekippt, an den Haaren wurde ich mit dem Kopf gegen die Wand geschlagen und in Handschellen zwei Stunden lang an einen Haken gehängt.

Mit ihren brutalen Methoden versuchen die türkischen Behörden, den blutigen Guerillakrieg zu beenden, den die kommunistische PKK im kurdischen Südosten des Landes führt (siehe Kasten Seite 22). Doch jeder Mord, jede „Entvölkerung“ eines Dorfes treibt den Extremisten neue Anhänger zu – in der Türkei wie in Deutschland.

„Eine vernünftige Kurdenpolitik der Türkei“, folgert der nordrhein-westfälische Innenminister Herbert Schnoor (SPD), wäre die „beste Bekämpfung der PKK“. Der Bürgerkrieg verhärtet nicht nur die Fronten, er stärkt auch die Führungsrolle, die PKK-Chef Abdullah Öcalan, der militanteste Kurdenführer, für sich beansprucht.

Als der langjährige Stalinist Öcalan seine PKK-Kämpfer 1984 in den Krieg hetzte, wollte er die türkische Regierung zwingen, den Kurden, einem Konglomerat von rund 100 Stämmen, mehr Autonomie einzuräumen. „Die Türkei“, agitierte Öcalan, „versteht nur eine harte Sprache.“

Während die Regierung in Ankara, ängstlich um die Einheit des Landes besorgt, auf dem alten Verbot der kurdischen Sprache beharrte und das Volk weiterhin als „Bergtürken“ wegdefinierte, hielt der Bürgerkrieg an. Mittlerweile sind der Gewalt rund 11 000 Menschen zum Opfer gefallen.

Terror und Gegenterror haben auch die Beziehungen zwischen Bonn und Ankara in Mitleidenschaft gezogen. Die Proteste von Menschenrechtsorganisationen zwingen die Regierenden in Bonn zu waghalsigen Balanceakten.

Mal appelliert Außenminister Kinkel, wie etwa Ende Januar in Ankara, an die türkische Regierung, den PKK-Terror nur „mit rechtsstaatlichen Mitteln“ zu bekämpfen. Mal wiederum muß sich die Bundesregierung von Kurden und Menschenrechtlern vorwerfen lassen, sie habe den Nato-Partner Türkei mit Waffen vollgepumpt, die teilweise gegen Kurden eingesetzt würden.

Die Bundesrepublik verschenkt sogar einen Teil ihres Kriegsgeräts. Zwischen 1985 und 1991 spendierte Bonn der türkischen Armee Schießbedarf im Wert von 3,6 Milliarden Mark: Allein aus ehemaligen DDR-Beständen gelangten in die Türkei 256 125 Kalaschnikows, 5000 Maschinengewehre, 100 000 Panzerfäuste und etwa 445 Millionen Schuß Munition.

Selbst Kampfpanzer lieferte Deutschland dem Partner am Bosporus. Obwohl veraltet, taugt der Leopard 1 allemal für den Kampf gegen leichtbewaffnete Aufständische. Auch Kriegsschiffe, Kampfflugzeuge vom Typ Phantom, Pionierpanzer und Luftabwehrsysteme aus Deutschland gelangten in die Türkei.

Mit Skrupeln, so vorhanden, wird die Bundesregierung offenbar fertig. Die Türken hätten zugesagt, versichert Außenminister Kinkel, daß Waffen der früheren DDR-Armee nicht gegen Kurden eingesetzt würden. Freilich: „Ich kann es im Einzelfall nicht kontrollieren."

Wichtiger als die Lage der Kurden scheint den Bonnern allemal die strategische Bedeutung des Landes zwischen Bosporus und Kaukasus. Der südöstliche Nato-Vorposten Türkei gilt als Bollwerk gegen die Moslem-Fundamentalisten etwa im Iran, aber auch als Schutz vor den unruhigen Ex-Sowjetrepubliken Armenien und Aserbaidschan.

Auch wirtschaftlich profitieren Deutschland und die Türkei voneinander – für Bonn ein Grund mehr, die Regierung in Ankara nicht wegen der Kurden zu vergrätzen. Die Bundesrepublik ist für die Türkei weltweit der wichtigste Handelspartner.

Das Interesse der Türken an deutschen Produkten konzentriert sich, neben Fahrzeugen und Maschinen, vor allem auf Rüstungsgüter. Insgesamt kauft das Land jährlich für rund 6,6 Milliarden Mark in Deutschland ein. Am Export von Textilien, Lebensmitteln und anderem in die Bundesrepublik wiederum verdienten die Türken 1992 beispielsweise 6,8 Milliarden Mark.

Deutsche Konzerne wie Siemens, Mercedes-Benz und Bosch nutzen das niedrige Lohnniveau und führen eigene Fabriken in der Türkei. Sie lassen dort Busse, Elektronik oder Autoteile zusammenbauen.

Angesichts der engen Beziehungen zwischen beiden Ländern verwundert es nicht, daß viele Kurden Deutschland auf der Seite ihres Feindes sehen. „Wir Kurden hier fühlen uns benachteiligt", sagt Mustafa Kisabacak, 34, Generalsekretär des Verbandes der Vereine aus Kurdistan (Komkar). Der Kölner Dachverband von 35 kurdischen Vereinen in Deutschland gilt als gemäßigt.

„Viele Rechte", klagt Kisabacak über die Lage seiner in Deutschland lebenden Landsleute, „werden uns verwehrt." Kein Wunder, denn auch in Deutschland gibt es offiziell keine Kurden. 90 Prozent der Kurden in der Bundesrepublik besitzen einen türkischen Paß, die anderen haben vor allem irakische oder syrische Papiere. Die meisten sind als Gastarbeiter gekommen, ein kleiner Teil auf der Suche nach Asyl.

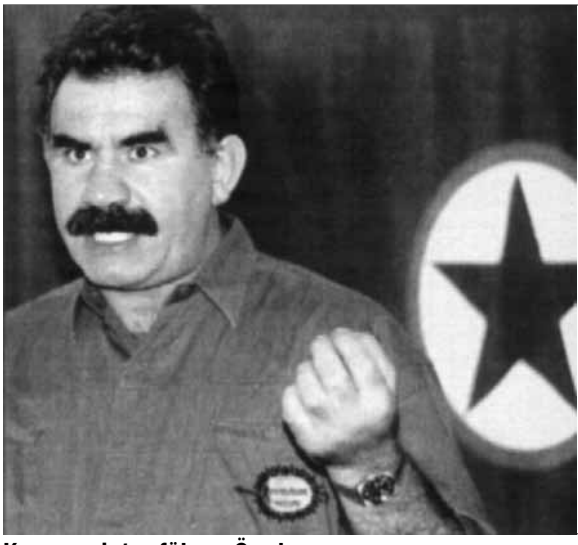
Kisabacak fordert für die Kurden dieselben Rechte, die Türken in Deutschland haben. So müsse zum Beispiel ein kurdischer Fernsehsender zugelassen werden, und kurdische Kinder sollten an deutschen Schulen die Sprache ihres Volkes lernen können; bislang gehen sie noch meist in den Türkisch-Unterricht.

Die Zeit arbeitet offenbar gegen die gemäßigten Kurden und für die Extremisten. „Die Bundesrepublik", sagt Hamburgs Verfassungsschutzchef Uhrlau, „ist ein Resonanzboden für die Entwicklungen im kurdischen Kampfgebiet." Je schärfer die türkische Armee die PKK-Guerrilleros jagt, desto heftiger reagieren die Kurden in Deutschland. „Die Saat der Gewehre geht auf", urteilt Menschenrechtler Zülch.

Vom wachsenden kurdischen Nationalismus profitiert vor allem die PKK. Die türkische Regierung selbst habe den totalitären Kommunisten viele Kurden zugetrieben, sagt Zülch: „Jede demokratische Alternative haben die Türken ja kaputtgemacht."

Eine „weitere Eskalation" des Kampfes, warnt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz in einer Prognose, werde die PKK „nutzen, um ihren Einfluß auf die Kurden in Deutschland auszubauen". Eine neue „Anschlagswelle" sei „nicht auszuschließen".

Knapp zwei Wochen nach einem Angriff türkischer Militärs auf die kurdische Stadt Lice, bei dem Dutzende Menschen starben, hatten sich PKK-Anhänger bundesweit gerächt. In einer offenbar abgestimmten Aktion, bei der es ein Todesopfer gab, demolierten sie Anfang November vergangenen Jahres 59 türkische Einrichtungen in Deutschland, meist Banken, Reisebüros und Restaurants.



Kommunistenführer Öcalan
Geheimdienst und Killerkommandos

Nach Protesten der türkischen Regierung verbot das Bundesinnenministerium daraufhin Ende November die PKK sowie 33 mutmaßliche Tarnorganisationen. Das verübelten viele Kurden der Bonner Regierung als Bückling vor den Türken. Immer wieder protestierten sie auch vergangene Woche gegen das Verbot und schwenkten PKK-Flaggen und Öcalan-Porträts vor Fernsehkameras.

„Trotz Verbots", heißt es in einem Bericht nordrhein-westfälischer Verfassungsschützer, „setzt die PKK ihre Aktivitäten fort." In Athen erklärte ein PKK-Sprecher: „Wir können in Deutschland weitgehend ungestört arbeiten."

Nach wie vor kann Terroristen-Führer Öcalan, der die PKK von Syrien oder von einem irakischen Militärstützpunkt bei Mossul aus diktatorisch lenkt, in Deutschland auf einen harten Kern von etwa 5000 Aktivisten und auf rund 40 000 Sympathisanten zählen. Durch das Ver-

Opfer kurdischer Terroristen*: „Konspirativ und abgeschottet"

* Im November vorigen Jahres nach einem Brandanschlag auf ein türkisches Restaurant in Wiesbaden.

mer wieder zum Spielball fremder Interessen:

- ▷ Der prowestliche Iran inszenierte (mit Hilfe von Amerikas CIA) in den siebziger Jahren den Kampf der irakischen Kurden unter Mustafa Barsani gegen das linke Baath-Regime in Bagdad. Doch als der Schah 1975 gegen den Irak die Grenze im Schatt el-Arab durchsetzen konnte, ließen Teheran und Washington die Kurden fallen.
- ▷ Mit Hilfe des Irak erhoben sich die iranischen Kurden 1979 gegen das Regime des Ajatollah Chomeini. Revolutionswächter metzelten den Aufstand nieder.
- ▷ Im ersten Golfkrieg zwischen Iran und dem Irak 1980 bis 1988 wiegelten beide Staaten die Kurden gegen das jeweilige Nachbarregime auf.

Tote PKK-Kämpfer im Norden des Irak: „Die Kurden haben keine Freunde“

- ▷ Im zweiten Golfkrieg ermunterten die USA Iraks Kurden Anfang 1991 zum Aufstand. Doch weil ihnen später ein geschwächter Saddam Hussein lieber war als ein Machtvakuum in der Region, bremsten sie ihre Hilfe für die Kurden.

So befreite die Operation Wüstensturm zwar 680 000 Kuweiter vor Saddam Husseins Herrschaft. Aber vier Millionen irakische Kurden müssen nun die Rache des Despoten von Bagdad fürchten.

Wie grausam die ausfallen kann, erfuhr am 16. März 1988 das irakische Kurdenstädtchen Halabdscha. Saddam bestrafte es wegen Zusammenarbeit mit dem iranischen Feind mit einem Giftgasangriff. Etwa 5000 Einwohner kamen ums Leben.

bot, so Verfassungsschützer Uhrlau, sei es noch schwieriger geworden, die straff geführte Kaderorganisation zu beobachten. Fest steht: „Die Personen, die vorher aktiv waren, sind das auch geblieben.“

Seit dem Verbot arbeite die Partei, berichtet das baden-württembergische Innenministerium, „außerordentlich konspirativ und abgeschottet“. Wozu die PKK in Deutschland fähig ist, zeigte jüngst der bislang größte Kurdenprozeß: Vor drei Wochen verurteilte das Oberlandesgericht Düsseldorf vier Kurden, zwei von ihnen wegen Mordes, zu lebenslanger Haft. In den viereinhalb Jahren, die der Prozeß dauerte, war zutage gekommen, daß die PKK in der Bundesrepublik einen Geheimdienst samt Killerkommandos aufgebaut hat.

Öcalans Agenten hätten, so das Gericht, „Gegner in konkurrierenden kurdischen Organisationen“, aber auch unzuverlässige Leute aus den eigenen Reihen ausgespäht. Sie schüchterten mißliebige Landsleute ein, straften sie ab und führten eine Todesliste: „Zur Umsetzung von Tötungsbeschlüssen standen Exekutionskommandos bereit.“

Einer der Henker, der in Düsseldorf verurteilte PKK-Mann Ali Aktas, erstickte beispielsweise 1984 einen Abweichler in Berlin mit einem Knebel. Er warf die Leiche auf einen Müllhaufen.

Zwei Monate später eilte Aktas schon wieder zu einem Einsatz, diesmal auf einem Platz in Rüsselsheim. Befehlsgemäß erschoß er dort den Kurden Zülfü Gök, ein ehemaliges Mitglied des europäischen Zentralkomitees der PKK in Köln. Gök hatte sich aus der Partei zurückziehen wollen.

Systematisch versuchte das Zentralkomitee auch, die Köpfe der gemäßigten Konkurrenz auszuschalten. In Hannover erschoß der PKK-Pistolero Casim Kilic den Komkar-Funktionär Ramazan Adigüzel auf offener Straße; in Hamburg tötete ein Killer mit dem Decknamen „Sehmuz“ den Kurdenpolitiker Kürşat Timuroglu. Die Entscheidungen in der PKK würden, so Verfassungsschützer Uhrlau, stets „zentral getroffen und dezentral ausgeführt“.

„Der steigende Finanzbedarf der PKK“ (Verfassungsschutz) treibt die Polit-Kriminellen nun auch immer stärker ins gewöhnliche Verbrechen. So wie die Mafia Schutzgelder eintreibt, nötigen Kurden ihre Landsleute zur Zahlung sogenannter Spenden. Die Eintreiber, meldet der Verfassungsschutz, griffen dabei „zu immer schärferen Mitteln der Erpressung“: „Bekannt wurden Forderungen von 500 Mark bis zu 50 000 Mark.“

In Berlin etwa wurde der Besitzer eines Reisebüros von zwei kurdischen Spendensammlern mit Schlagstöcken krankenhausreif geprügelt. Er hatte seinen Landsleuten die Spende verweigert, und auch die daraufhin geforderte Strafzahlung hatte er abgelehnt.

Der Schlüssel zu den Ursachen kurdischer Gewalt, so Düsseldorfs Innenminister Schnoor, liege freilich „nicht in Deutschland, sondern in der Türkei“. Solange Ankara der Minderheit nicht mehr Rechte zugestehe, sagt Menschenrechtler Zülch, bleibe „die unheimliche Repression ja nötig“.

Zülch empfiehlt der Bundesregierung, sich „als Vermittler anzubieten“ und eine „Nationalitätenpolitik einzufordern, wie sie etwa in Südtirol oder in Katalonien verwirklicht ist“. Statt Waffen zu liefern, solle Bonn lieber „Entwicklungshilfeprojekte fördern“.

Der Kurdenkampf, so glaubt auch der kurdische Ingenieur Ali Demir, Vorsitzender der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Stuttgart, sei inzwischen „eher ein sozialer als ein nationaler Konflikt“.

Im wilden Kurdistan herrscht blanke Not, die Infrastruktur ist zerstört, Bauern und Viehzüchter sind vertrieben, 874 Dörfer wurden allein im letzten Jahr zerbombt oder gesprengt. Demir: „Diese Armut, viele Kinder, wovon sollen denn die Menschen leben?“

„Unzufriedene“, sagt Demir, seien nun einmal „leichter zu mobilisieren: Die nationalistischen Hoffnungen wachsen doch erst aus der Armut“.

Der Bürgerkrieg verhindert derzeit jeden Aufschwung. Die Armut rührt vor allem aber daher, daß die türkische Regierung in Kurdistan auch vor den Wirren kaum je investiert hat.

Den Kampf gegen die kurdischen Guerillas dagegen hat sich die Türkei eine gigantische Summe kosten lassen: laut Ministerpräsidentin Çiller bislang insgesamt rund 95 Milliarden Mark. ❑